

Kölner Haus- und Grundbesitzerverein von 1888

Verband der privaten Wohnungswirtschaft
Hohenzollernring 71-73, 50672 Köln, Tel: 0221- 5736-0
sekretariat@koelner-hug.de



www.koelner-hug.de

Pressedienst

An die Lokalredaktionen

Köln, den 26.07.2021

Aus für Kölner Quartiersgaragen

Kölner Haus- und Grundbesitzerverein irritiert über Entscheidung des Verkehrsdezernats

Es dauerte fast drei Jahre bis der von der CDU, Grüne, FDP und Ratsgruppe Gut beim Verkehrsdezernat beauftragte Masterplan für Quartiersgaragen eine Absage erhalten hat. Vorrangiges Ziel war es, Betreiber privater Parkhäuser und Tiefgaragen dafür zu gewinnen, dass Anwohner ihre Fahrzeuge nachts dort abstellen können. Es hätte eine Möglichkeit eröffnet, Parkplätze am Straßenrand zu entfernen, um so zusätzlichen Raum für Fußgänger und Radfahrer zu schaffen. Für das Verkehrsdezernat war die Reaktion der Betreiber aber anscheinend nicht ausreichend genug, um das Projekt Quartiersgaragen weiter zu verfolgen.

Der Kölner Haus- und Grundbesitzerverein von 1888 sieht sich mit dem negativen Votum des Verkehrsdezernats wieder einmal darin bestätigt, dass die Kölner Verwaltung und Stadtpolitik kein richtiges Interesse an der Lösung der Parkraumproblematik in den Veedeln hat.

Konrad Adenauer, Vorstandsvorsitzender des Vereins: „Es ist absolut unzureichend, welche Schlüsse die Verwaltung aus der Umfrage zieht. Abgesehen davon ist es nicht nachvollziehbar, dass für die Abfrage von ein paar privaten Betreibern so viel Zeit benötigt wird. Da kann das letzte Wort noch nicht gesprochen sein.“

Der Verein fordert schon seit Jahren den Bau von Quartiersgaragen, um die kritische Parkplatzsituation in den Veedeln zu entspannen. Die ablehnende Haltung der privaten Unternehmen rechtfertigt auf keinen Fall einen Rückzug aus dem Vorhaben; denn es löst nicht das grundlegende Problem der knappen Parkplätze.

„Wenn die privaten Investoren kein Interesse zeigen, dann muss die Stadt die Garagen selbst bauen. Schließlich fließen seit Jahren genügend Gelder aus der Stellplatzabgabe in die Stadtkasse und keiner weiß eigentlich, was damit passiert. Außerdem würde sich die Stadt mit den Quartiersgaragen eine zusätzliche Einnahmequelle erschließen“, sagt Adenauer.

Die Anmerkung der Grünen, jetzt mit Beratungsangeboten helfen zu wollen, scheint in diesem Zusammenhang eher grotesk. Konrad Adenauer: „Wenn Beratungsangebote alles sind, was die Grünen den Bürgern anbieten können, die auf individuelle Mobilität angewiesen sind, ist das eine Bankrotterklärung! Da zeigt sich, dass sie doch eher eine Verbotspartei sind, die selbst aber keine konstruktiven Lösungsansätze mehr liefern kann.“